

transaktionen von 0,3% auf 0,5% erhöht. Als Grund hierfür wurde vom Staatsrat die Förderung der stabilen und gesunden Entwicklung des Wertpapiermarktes angegeben. Von den höheren Gebühren wird sowohl der Handel mit A-Aktien für Inländer als auch der B-Aktienhandel (für ausländische Investoren) betroffen sein. Höhere Gebühren erlauben gleichzeitig auch der Zentralregierung, stärker als bisher Einkommen aus den Wertpapierbörsen abzuschöpfen.

Im Zusammenhang mit der besseren Überwachung des Wertpapiermarktes plant die Shanghai Börsenverwaltung Investitionen in Höhe von drei Millionen Dollar, die u.a. auch für die Fortbildung des Personals bestimmt sein sollen. Die geplante Verschärfung der Überwachung wird sich auch auf die Wertpapierunternehmen erstrecken. Diese sollen dazu gebracht werden, der Börsenverwaltung regelmäßig Finanzberichte vorzulegen, und die Überprüfung der Unternehmen soll standardisiert werden. Ziel der besseren Kontrolle sei der Schutz der Anleger. (XNA, 14.5.97)

Nach Angaben von Lu Wenshan, stellvertretender Direktor der Rechtsabteilung der Shanghai Börsenverwaltung, ist es nicht nur die Aufgabe der Börsenverwaltung, den Aktienhandel zu überwachen. Vielmehr sollen auch die börsengemeldeten Unternehmen und die übrigen Börsenmitglieder überwacht werden, um einen „offenen, unparteiischen und gerechten“ Handel und eine Standardisierung der Abläufe zu erreichen.

Die Börsenverwaltung hatte bereits Anfang 1995 eine Aufsichtsabteilung eingerichtet, zu der die Bereiche Marktüberwachung, Aufsicht und Rechtsfragen zählen. Ein Anfang letzten Jahres neu eingesetztes Marktüberwachungssystem erlaubt es der Börsenverwaltung, jeden ungewöhnlichen Ausschlag in den Aktienpreisen sofort zu erfahren und auf Marktverstöße sofort zu reagieren. Lu Wenshan sieht die Standardisierung und die Überwachung der Börse als langfristige Aufgabe an. Das Ziel sei es, Shanghai zu einer Wertpapierbörse mit Weltrang zu machen. (XNA, 14.5.97)

Zu den Maßnahmen zählt außerdem die Aussetzung des Handels bestimmter Aktienwerte. So wurden Mitte Mai d.J. die an der Shanghai Börsen gehandelten A-Aktien She-

nyang Neu-Alpine Software Co. und Hebei Weiyuan Industry Co. sowie die in Shenzhen notierten Werte Luzhou Old Cellar Co. und der Shenzhen Energy & Investment Co vom Handel ausgeschlossen, da bei diesen Werten extreme Preisbewegungen verzeichnet wurden. Die betreffenden Unternehmen müssen jetzt der Börsenaufsichtsbehörde eine Erklärung für diese Preisbewegungen vorlegen. (AWSJ, 19.5.97)

#### *Ankündigung neuer Aktienemissionen für 1997*

Als weiteres Mittel, um die überhitzte Aktienkursentwicklung abzukühlen, haben die Staatliche Planungskommission und die Börsenaufsichtsbehörde angekündigt, daß in diesem Jahr Aktien mit einem Volumen von rd. 30 Mrd. Yuan neu emittiert werden können. Die hohe Neuemission soll den Staatsunternehmen außerdem die Möglichkeit geben, verstärkt Zugang zum Kapitalmarkt zu erhalten und dort die dringend benötigten Finanzmittel für ihre Umstrukturierung zu beschaffen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 15.5.97, nach SWB, 20.5.97)

Trotz dieser Anstrengungen scheint eine Dämpfung des Börsenfiebers noch nicht gelungen zu sein, da Ende Mai die Aktienpreise Steigerungen von wiederum 40% aufwiesen. (FT, 30.5.97) -schü-

Diese informierte sofort nach Erhalt des Briefes die Polizei.

Irgendwie sickerte der Fall auch an die Medien durch, und drei Blätter berichteten sofort darüber, obwohl die Reporter untereinander bis auf weiteres Geheimhaltung vereinbart hatten. Außerdem passierten bei den Geldübergaberversuchen und der Fahndung nach drei Hauptverdächtigen aufgrund der mangelhaften Organisation innerhalb der Polizei eine Reihe von Pannen, obwohl sie Hinweise auf eine heiße Spur erhalten hatte. Schließlich wurden lediglich einige Personen, die enge Verwandte oder Freunde der Hauptverdächtigen sein sollen, als vermutliche Komplizen festgenommen. Kurz darauf wurde die Leiche von Bai Xiaoyan in einem Teich entdeckt. Medizinischen Untersuchungen zufolge wurde sie mißbraucht und kaltblütig erschlagen.

Im letzten Jahr wurden 140 und im ersten Quartal d.J. bereits 42 Entführungen gemeldet. Außer dem Fall Bai Xiaoyan gab es im April noch die Entführung eines weiteren Schülers, eines Unternehmersohnes, der ebenfalls ermordet wurde. Darüber hinaus sind weiterhin zwei Fälle von Schwerekriminalität vom letzten November, ein Massaker an neun Personen im Kreis Taiyuan, wobei auch der Kreisregierungschef Liu Bangyou (Liu Pang-yu) zu Tode kam, und der Mord an einer führenden Politikerin der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), Peng Wanru, bislang ungeklärt.

---

## Taiwan

---

### **24 Große Massendemonstrationen und kleine Kabinettsumbildung**

Angesichts der zunehmenden Fälle von Schwerekriminalität gab es im Berichtsmonat drei große Massendemonstrationen gegen die Regierung. Wie im letzten Heft von C.a. (97/4, Ü 23) berichtet, hat besonders einer dieser Fälle die Gesellschaft erschüttert. Die 17jährige Schülerin Bai Xiaoyan (Pai Hsiao-yan), einzige Tochter der sehr populären Fernseh-Entertainerin Bai Bingbing (Pai Ping-ping), wurde am 14. April von einer Bande entführt. Die Täter haben zunächst dem Mädchen einen kleinen Finger abgeschnitten und ihn zusammen mit einem Erpresserbrief, in dem sie 5 Mio. US\$ forderten, an die Mutter gesandt.

Wegen der Popularität von Bai Bingbing waren die Berichte über den qualvollen Tod ihrer Tochter ein besonderer Schock für die Öffentlichkeit. Während das Schicksal des Mädchens noch ungewiß war, appellierte die Mutter auf einer Pressekonferenz an Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui), sich nicht nur um die Außenpolitik, sondern auch um die soziale Sicherheit im Lande zu kümmern. Diese Worte rührten viele, besonders aber die Eltern mit Klein- oder Schulkindern. Die Regierung sah sich der Kritik von allen Seiten ausgesetzt; die Opposition forderte ihren Rücktritt. Daraufhin warf die Regierung den Kritikern vor, den Entführungsfall zu politisieren, und der Präsident äußerte sogar, daß die Kritik im Interesse der kommunistischen Regierung in Beijing sei.

Gegen die arroganten Äußerungen und Schuldzuschiebungen seitens der Regierung veranstalteten am 4. Mai über 100 Massen- und Berufsorganisa-



tionen eine große Straßendemonstration, an der rund 50.000 Personen teilnahmen. Obwohl kurz zuvor der Präsident bei einem Gespräch auf hoher Ebene über die Sicherheit im Lande sein Bedauern über die Zunahme der Schwereverbrechen geäußert hatte, verlangten die Demonstranten von ihm, seine Schuld zu bekennen und das Kabinett umzubilden.

Nachdem der Präsident den Rücktritt von Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan), der gleichzeitig auch Vizepräsident ist, abgelehnt hatte, sorgte der sehr populäre Politiker Ma Yingjiu (Ma Ying-chiu) für großes Aufsehen, als er am 8. Mai sein Amt als Minister ohne Portefeuille niederlegte. Gleichzeitig sagte er, daß er nicht mehr bereit sei, für das Amt des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Taipei bei den nächsten Wahlen im kommenden Jahr zu kandidieren. Zur Begründung dieser Entscheidung äußerte Ma, er fühle als Kabinettsmitglied schmerzlich die Ohnmacht angesichts der sich verschlechternden politischen Moral, dem Machtmißbrauch für private Interessen, dem Ringen um Ruhm und der Schuldzuschiebung unter den Politikern auf der einen und dem zunehmenden Unmut der Bevölkerung auf der anderen Seite.

Unter diesem Druck setzte sich das Personalkarussell am 15. Mai ein klein wenig in Bewegung. Frau Ye Jinfeng (Yeh Chin-fong), ursprünglich Ministerin ohne Portefeuille, löste Lin Fengzheng (Lin Fong-cheng) als Innenminister ab. Zum neuen Minister ohne Portefeuille wurde Su Qi (Su Ch'i) ernannt, und der von ihm hinterlassene Posten des Direktors des Presseamts (Regierungssprecher) wurde von Li Dawei (David Tawei Lee) besetzt, der vorher stellvertretender Direktor des selben Amtes war. Das von Ma Yingjiu freigemachte Amt des Ministers ohne Portefeuille übernahm Zhao Shoubo (Chao Shou-po), Generalsekretär des Exekutiv Yuan (Kabinett), in Personalunion.

Ausgeschieden ist auch Qiu Mao-ying (Ch'iu Mau-ying) als Vorsitzender des Komitees für Landwirtschaft und damit politisch verantwortlich für die kürzlich ausgebrochene Maul- und Klauenseuche bei Schweinen; zu seinem Nachfolger wurde Peng Tsuokui (Peng Tso-k'uei) ernannt.

Ferner trat Xu Jiegui (Hsu Chieh-kuei) das Amt des Vorsitzenden beim Komitee für Arbeit an. Sein Vorgänger, Xie Shenshan (Hsieh Shenshan), war kürzlich aufgrund seiner

Kandidatur für das Amt als Regierungschef des Kreises Taipei bei den nächsten Wahlen Ende d.J. von diesem Amt zurückgetreten.

Bei dieser kleinen Kabinettsumbildung damit ging es praktisch nur um Postenverschiebungen. Abgesehen vom neuen Vorsitzenden des Komitees für Landwirtschaft sind alle anderen alte Gesichter in der Regierung. Am 18. und 24. Mai fanden in Taipei daher wieder große Demonstrationen statt mit den bekannten Forderungen: Schuldbekennnis des Präsidenten und Wechsel des Kabinetts. (LHB und CP, 5., 16., 19. und 25.5.97; FCJ, 16.5.97) -ni-

## 25 Plus- und Minuspunkte im außenpolitischen Kampf mit Beijing

Am 6. Mai hat Taiwan (Republik China) diplomatische Beziehungen mit dem westafrikanischen Inselstaat Sao Tome und Principe aufgenommen, obwohl dieser noch diplomatische Beziehungen zur VR China unterhält. (LHB, CP und ZYRB, 7.5.97) Während die Regierung Taipei längst auf die Alleinvertretung für das ganze China verzichtet hat, lehnt Beijing die Doppelanerkennung, also die Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen, nach wie vor ab. Beijing bricht normalerweise die diplomatischen Beziehungen zu einem Land, das die Regierung Taipei anerkennt, sofort ab.

Gleich nach dem Beginn der Unabhängigkeit von Portugal im Jahr 1975 hat die Regierung von Sao Tome und Principe diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen. Im Januar d.J. hat Beijing während der Afrikareise seines Außenministers Qian Qichen ein Abkommen unterzeichnet über die Gewährung einer erneuten Wirtschaftshilfe von 2 Mio. US\$ und die Verlängerung der Rückgabefrist der alten Schuld von 11 Mio. US\$. Auf der anderen Seite hat Taiwan dem kleinen und armen afrikanischen Staat eine noch großzügigere Wirtschaftshilfe in Höhe von 30 Mio. US\$ angeboten, wovon bereits 4,3 Mio. US\$ beim Taiwan-Besuch von Außenminister Homero Salvaterra Anfang Mai bezahlt worden sein sollen. Daraufhin hat sich Präsident Miguel Trovada für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan entschieden. Allerdings stieß diese Entscheidung auf Ablehnung sowohl beim Kabinett als auch beim Parlament. Merkwürdigerweise wur-

de die Ablehnung auch von Außenminister Salvaterra unterstützt, der ja die Vereinbarung mit Taiwan über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten unterzeichnet hatte. (LHB, 17.5.97)

Infolge der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung von Sao Tome und Principe bestehen z.Z. zwei chinesische Botschaften. Nachdem die Botschaft von Taiwan am 25. Mai zum erstmalig ihre nationale Flagge aufgezogen hatte, kündigte Beijings Botschaft an, die chinesische Wirtschaftshilfe bis auf weiteres auszusetzen. (LHB, 27.5.97)

Wie in C.a. (1997/2, Ü 26) berichtet, hat ein weiterer westafrikanischer Staat, Liberia, in Folge der unterschiedlichen Orientierung in der Chinapolitik zwischen den Bürgerkriegsparteien schon seit 1993 diplomatische Beziehungen sowohl zu Beijing als auch zu Taiwan. Ferner hat Südafrika im letzten November angekündigt, Ende 1997 die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan zu beenden und dann Anfang 1998 die VR China anzuerkennen. (C.a., 1996/11, Ü 19)

Eine klare Wende in der Chinapolitik machten die Bahamas. Sie haben am 23. Mai diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen. Laut Gemeinsamen Kommuniqué zwischen beiden Seiten anerkennt die Regierung des karibischen Staats nur ein China und so auch die Regierung in Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas. Darüber hinaus hieß es, Taiwan sei eine Provinz der VR China. Angesichts dieser Erniedrigung brach Taiwan eine Woche vor der offiziellen Bekanntgabe des o.g. Kommuniqués, am 18. Mai, die diplomatischen Beziehungen mit den Bahamas ab. (LHB, 19. und 25.5.97; DGB, 26.5.97)

Mittelamerika ist die letzte diplomatische Hochburg Taiwans. Um weitere außenpolitische Niederlagen in der Region zu verhindern, gewährte Taiwan kürzlich acht Staaten (Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Belize und Dominica) erneut Wirtschaftshilfe in Höhe von insgesamt 160 Mio. US\$. (LHB, 23.5.97)

Zum Ärger Beijings hat der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit des Europäischen Parlaments am 22. Mai Taipeis Außenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) eingeladen, in Brüssel einen Vortrag zu halten. In seiner Rede appellierte dieser an die internationale Gesell-



schaft, Taiwan als ein „politisches Gebilde“ anzuerkennen. Seit 1949 existierten eine VR China und eine Republik China, auch wenn beide Seiten auf einem China beständen, sagte er. Alle Mitgliedstaaten der EU unterhalten diplomatische Beziehungen nur mit der VR China. (FCJ, 30.5.97; XNA, 22.-23.5.97) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

### 26 Neue Vereinbarung mit Hongkong über Schiffsverbindungen

Am 30. Juni endet die britische Kolonialregierung in Hongkong und das Territorium wird eine Sonderverwaltungszone (SVZ) der VR China. Wegen dieses neuen Status taucht in der Schiffsverbindungen zwischen Taiwan und Hongkong ein Flaggenproblem auf. Nach internationaler Praxis soll jedes Schiff zur Identifizierung die Nationalflagge des Registerlandes am Heck führen und bei der Einfahrt in einen Hafen die dortige Nationalflagge am Hauptmast hissen. Beijing will Taiwan nicht als einen Staat, sondern lediglich als eine chinesische Provinz anerkennen und lehnt daher die Benutzung der Nationalflagge der Republik China (Taiwan) ab.

Bei der ersten Runde der Verhandlungen über das neue Schiffsabkommen am 2. Mai in Hongkong machte Zhao Shiguang (George Chao), Vorsitzender der Hong Kong Shipowner's Association, als Hauptunterhändler der Hongkonger Seite den Vorschlag, daß Taiwan statt der Nationalflagge eine Flagge mit seiner Nationalblume, der Winterpflaumenblüte (*meihua*), und Hongkong die SVZ-Flagge mit der Blüte der Bauhinia (*zijinghua*) für die Schifffahrt zwischen beiden Seiten benutzen solle. Da dadurch Taiwan so wie Hongkong als Sonderverwaltungszone Chinas mißverstanden werden könnte, lehnte Taiwans Vertreter Zhang Liangren (Chang Liang-jen), stellvertretender Generalsekretär der halbamtlichen SEF (Straits Exchange Foundation), dies strikt ab und schlug dagegen den Verzicht beider Seiten auf die Benutzung von Flaggen vor. Dies wiederum akzeptierte die Hongkonger Seite nicht mit dem Hinweis auf die Beachtung der internationalen Praxis und aus Sicherheitsüberlegungen. Außerdem befürchtete man Widerspruch aus Beijing, weil die SVZ-Flagge Hongkongs chinesische Zugehörigkeit symbolisiert.

Am 24. Mai haben beide Seiten bei der zweiten Verhandlungsrunde in

Taipei zur allgemeinen Überraschung schnell Konsens erzielt. Danach sollen taiwanische Schiffe ab dem 1. Juli bei der Einfahrt in und Abfahrt aus Hongkong vorläufig keine Flagge benutzen. Andererseits ist es für Hongkonger Schiffe bei der Einfahrt in und Abfahrt aus taiwanischen Häfen ebenfalls vorläufig nicht nötig, am Hauptmast eine Flagge zu hissen. Eine SVZ-Flagge am Heck würde reichen. Über die endgültige Lösung der Frage wollen beide Seiten weiter verhandeln. (LHB und ZYRB, 3. und 25.5.97; DGB, 4. und 26.5.97) Hongkong gilt nach wie vor als der wichtigste Transithafen für den Warenaustausch zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. -ni-

### 27 Die Wirtschaftslage von Macau

Im letzten Jahr (1996) wurde das Wirtschaftswachstum stark gedämpft. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hatte schätzungsweise real weniger als 1% zu verzeichnen. Hauptursache dafür war der Rückgang der Investitionen nach der Fertigstellung großer Bauprojekte, vor allem des internationalen Flughafens mit einem Investitionsvolumen von fast 1 Mrd. US\$. Gleichzeitig wird die Wirtschaftsstrukturierung fortgesetzt. Während immer mehr arbeitsintensive Produktionsstätten in die Nachbarregionen mit niedrigeren Lohnkosten und Bodenpreisen, vor allem in die VR China, ausgelagert wurden, sind die Dienstleistungen nur langsam gewachsen. Die Gesamtexporte sind 1996 gegenüber dem Vorjahr um 2,46% und die Importe um 2,1% gefallen.

Beim Fremdenverkehr, einer anderen bedeutenden Wirtschaftsstütze neben dem Außenhandel, ist die Anzahl der Touristen nach der Inbetriebnahme des neuen internationalen Flughafens 1996 um 5,1% gestiegen, nach einem Rückgang von 1,04% im Vorjahr. Positiv zeigten sich auch die Preis- und Arbeitsmarktentwicklungen. Mit 4,8% fiel 1996 die Inflationsrate auf ein Rekordtief seit zehn Jahren. Die Erwerbslosenquote blieb im letzten Quartal 1996 wie vor einem Jahr bei 3,8%.

Jüngsten offiziellen statistischen Angaben zufolge beliefen sich im ersten Quartal 1997 die Gesamtexporte auf 3,4 Mrd. Patacas (umgerechnet 430 Mio. US\$) und die Importe auf 3,6 Mrd. Patacas (455,6 Mio. US\$), 16,6% bzw. 6,4% mehr als vor einem Jahr. Die Anzahl der Touristen stieg in den ersten drei Monaten um 2,67%. Im gleichen Zeitraum betrug die Inflationsrate 4,4%, und die Erwerbslosenquote lag bei 3,2%. Für das gesamt-

te Jahr wurde ein BIP-Wachstum von 3 bis 4% vorausgesagt. (FT, 13.5.97; XNA, 10. und 22.5.97) -ni-

### 28 Neue antijapanische Bewegung in Hongkong wegen des Streits um die Diaoyutai-Inseln

Im Berichtsmonat gab es in Hongkong und Taiwan wieder Demonstrationen gegen Japan wegen des Streits um die Diaoyutai-Inseln (jap. Senkaku), die rd. 190 km nordöstlich von Taiwan und 230 km südwestlich von Okinawa liegen. Sie stehen z.Z. unter japanischer Kontrolle, werden aber sowohl von Beijing als auch von Taipei als chinesisches Territorium beansprucht. (Zu den historischen Gründen des Streits, siehe C.a. 1978/5, S.279 ff.) Wie in C.a. (1996/9, Ü 25) berichtet, hatte die Errichtung eines Leuchtturms auf einer der Inseln durch eine japanische rechtsradikale Jugendorganisation im letzten Jahr den Streit auf einen neuen Höhepunkt gebracht.

Während die Regierungen in Beijing wie in Taipei im Hinblick auf ihre Beziehungen zu Japan nur verbal protestierten, kam es in Hongkong zu großen Massendemonstrationen. Beim Landungsversuch einer Gruppe von aktiven Patrioten aus Hongkong am 26. September letzten Jahres ertrank einer von ihnen vor den Inseln im Meer. Am 7. Oktober hat es eine weitere Gruppe von Aktivisten aus Hongkong und Taiwan geschafft, die Blockade japanischer Patrouillenboote zu durchbrechen und die chinesischen Nationalflaggen von Beijing und Taiwan auf einer der Inseln zu hissen.

Auslöser der jüngsten Zuspitzungen des Streits war, daß am 6. Mai eine Gruppe von vier Japanern unter der Leitung des zur konservativen Oppositionspartei New Frontier Party gehörenden Abgeordneten Shingo Nishimura zu einer „politischen Untersuchung“ auf einer der Inseln gelandet war und eine japanische Nationalflagge gehißt hatte. Nicht nur in Hongkong und Taiwan, sondern auch bei den Überseechinesen in New York fanden Demonstrationen statt gegen die neue Provokation der Japaner. Am 26. Mai sind rd. 120 Aktivisten und Journalisten von Hongkong und Taiwan mit 27 Fischkuttern erneut zu den Inseln gefahren. Diesmal ist es ihnen jedoch nicht gelungen, die Blockade von 60 japanischen Patrouillenbooten und zahlreichen Hubschraubern zur Unterstützung zu durchbrechen. Ein Schiff aus Hongkong wurde bei einer Kollision beschädigt. (LHB, CP und SCMP, 27.5.97) -ni-